

»Schaut auf dieses Land« – 100 Jahre Weimar und Versailles

von Stefan Scheil

»Vor hundert Jahren sah die Welt nach Deutschland!« Diese Meldung lief Anfang Februar 2019 durch die Medien, als sich das offizielle Bundesdeutschland bis hinauf zum Bundespräsidenten zur Feier der hundertjährigen Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung zusammenfand. Allgemein wurde bei dieser Veranstaltung der Eindruck erweckt (vielleicht glaubte man das wirklich!), dieses Land sei damals sozusagen das Zentrum der Weltpolitik gewesen.

Nun, vor hundert Jahren sah natürlich kaum jemand auf die deutsche Republik. Das Deutsche Reich und seine Verbündeten hatten damals gerade den bis dahin gewaltigsten Krieg aller Zeiten verloren und würden diese Niederlage ausbaden müssen. Was das genau bedeutete, war noch nicht klar. Die Welt sah deshalb nicht nach Weimar, sondern nach Paris. Dort trafen vor hundert Jahren Tausende von Regierungsmitgliedern, Delegierten und Funktionären zusammen. Auf den größten Krieg sollte eine bis dahin nie gesehene Friedenskonferenz folgen – allerdings ohne die Deutschen: Die hatte niemand eingeladen.

Vieles an der Friedenskonferenz war neu. Noch nie zuvor etwa hatte ein amtierender amerikanischer Präsident europäischen Boden betreten. Woodrow Wilson tat dies nun, und er kam nicht als bescheidener Neuling, sondern mit dem Anspruch, dem Rest der versammelten Welt den Weg vorzugeben. Überhaupt wurde noch nie zuvor eine Friedenskonferenz so von dem laut proklamierten Bedürfnis nach neuen Wegen in der internationalen Politik überlagert. Die alten sollten falsch gewesen sein, und man legte sich schon im voraus auf die Behauptung fest, diese falschen seien ausschließlich die deutschen Wege gewesen.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, brüteten nun Ausschüsse und Gremien über dem Vorhaben, die Welt und Europa neu aufzuteilen. Jahrelange Pressezensur, Falschmeldungen und Greuelpropaganda hatten die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern restlos von der Kriegsverantwortung des deutschen Kaiserreichs überzeugt. In Paris herrschte der Haß. »Wir waren beeinträchtigt durch die Atmosphäre von Paris, wo die deutsche Schuld als bewiesene Tatsache galt. Jedermann hatte Angst, für deutschfreundlich erklärt zu werden,« erinnerte sich Charles Seymour, Historiker und US-Delegationsmitglied, später. Natürlich konnte man es in den Führungsebenen besser wissen – wenn man es wissen wollte. Viele der unmittelbar für den Krieg auf alliierter Seite Verantwortlichen amtierten während der Versailler Konferenz noch, allen voran der französische Staatspräsident, Raymond Poincaré, der sich sicher gut erinnerte, wie er im Juli 1914 in St. Petersburg mit dem Zaren die letzten Schritte in den Krieg hinein besprochen hatte. In seiner Eröffnungsrede zur Konferenz beschwor Poincaré Frankreichs »in ungeheure Schlachtfelder verwandelte Provinzen«. Das Land habe »dem Tod den höchsten Tribut gezollt.« Nicht zuletzt er selbst hatte den Tod über das eigene Land gebracht

»Man wird daraus ersehen, daß die Regierung von 1914 durch die gemeinsam vorgenommene russische und französische Mobilmachung den Angriff Deutschlands auf Frankreich wissentlich und willentlich hervorgerufen, auf diese Weise den Krieg ohne Zustimmung des Parlaments unternommen und auf den Tisch dieses Parlaments das Gelbbuch niedergelegt hat, dessen Gaunereien keinen anderen Zweck verfolgen, als dies Attentat auf unsere Verfassung und auf die gesamte Menschheit zu verschleiern.«

Georges Demartial.

und rettete sich in vollem Bewußtsein dieser Tatsache in die abenteuerliche Behauptung, es seien »alle Mächte, deren Abordnungen hier vertreten sind, freizusprechen von irgendeinem Schuldanteil«.

Das behagte auch den Herren des französischen Generalstabs, die in den Jahren vor dem Krieg mit den russischen Kollegen systematisch einen geheimvertraglich festgeschriebenen Angriffskrieg im Detail abgesprochen hatten. Und es behagte auch den Finanzmagnaten der westlichen Börsen- und Bankenwelt, die den Großteil der russischen Vorbereitungen auf Kredit finanziert hatten und nun empört feststellen mußten, daß die inzwischen in Moskau regierenden Linksrevolutionäre nichts davon als Schulden anerkennen und nichts zurückzahlen würden.

Man könnte eine ähnliche Auflistung auch für Großbritannien oder Rußland anfertigen und ganz sicher für Italien, den ursprünglichen Verbündeten Deutschlands. Italien würde auf der Versailler Konferenz feststellen müssen, daß die 1915 gegebenen Versprechen, für die es gegen Deutschland in den Krieg eingetreten war, nur dort gehalten würden, wo damit Deutschland und Österreich geschädigt werden konnten.

Als in gewisser Weise noch am glaubwürdigsten kann der US-Präsident gelten. Zwar hatte auch er schon 1914 in den ersten Kriegstagen erklärt, einen deutschen Sieg niemals zulassen zu wollen. Seitdem agierten die USA als verdeckte Kriegspartei, und der Präsident erzählte der Öffentlichkeit das Gegenteil. Von den ganzen Geheimabkommen der europäischen Verbündeten, die den Krieg wesentlich verursacht haben, war der US-Delegation im Versailles des Frühjahrs 1919 aber noch wenig oder nichts bekannt. Erst vier Jahre später würde ein Bericht des US-Senats direkt Frankreich und Rußland als Verantwortliche für den Konflikt von 1914 benennen. Noch einmal zehn Jahre später würde ein Kongreßauschuß dann den US-Kriegseintritt von 1917 als Folge von Machenschaften der Rüstungsindustrie im Verein mit der britischen Regierung brandmarken. Zukunftsmusik.

Noch hält die interne Front. Wer den Krieg gemacht und gewonnen hat, scheut sich jetzt nicht davor zurück, ihn über sein Ende hinaus weiterhin den Deutschen anzulasten. Abweichler werden rigoros verfolgt. Es trifft unter anderem Joseph Caillaux, in den Jahren 1911 und 1912 französischer Premierminister. Für seine Versuche, im Jahr 1917 einen Kompromißfrieden mit Deutschland zu erreichen, wird er 1920 wegen »Korrespondenz mit dem Feind« zu drei Jahren Haft verurteilt. Tapfere Beamte wie Georges Demartial durchbrechen endlich die Zensur der Kriegszeit und publizieren unbequeme Wahrheiten über den französischen Teil am Kriegsausbruch. Besonders Demartial weist dem offiziellen französischen Rechtfertigungsbuch immer mehr Dokumentenfälschungen nach. Auch das zieht berufliche Nachteile und Aberkennung von Ehrentiteln nach sich.

Historiker und Staatsrechtler publizierten später viel über die Frage, ob die Konferenz von Versailles der Beginn der »Verrechtlichung« der Internationalen Politik gewesen sei. Auch ist eine Reihe von Studien dieses Tenors erschienen. Das mag in gewisser Weise sogar stimmen, aber leider vorwiegend in einer zynischen: »Recht« und »Gerechtigkeit« hegen traditionell eine spannungsreiche Beziehung, die schon am Zaun des Grundstücksnachbarn unlösbaren Ärger verursachen kann. Das »Recht« von Versailles kannte keine andere Grundlage als die der doppelten Macht: sowohl die Macht, es gegen die Unterlegenen jederzeit ausnutzen zu können, als auch die Macht und den offenen Anspruch der Sieger, sich jederzeit darüber hinwegsetzen zu können – ein Modell, das die Weltpolitik seitdem in steter Perfektion weiterentwickelt hat.

Die immer noch verbreitete Verwunderung darüber, warum Präsident Wilson den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Versailles ohne viel Federlesens über Bord warf, als er zunächst der Eingliederung Südtirols in Italien zustimmte, dann die Aufteilung Osteuropas ohne große Rücksicht auf ethnische Gegebenheiten zuließ und schließlich die Entkolonialisierung von der Tagesordnung strich, findet so eine logische Auflösung. Es ging ihm nicht »um Bekehrung statt Geopolitik« (Henry Kissinger). Er trieb in Wahrheit Geopolitik reinsten Wassers, wenn auch im US-amerikanischen Stil. Es lag allemal im amerikanischen Interesse, nach dem uralten Prinzip des Teilens eine kleine Staatenwelt in Europa zu etablieren und so das alte System des Gleich-

»Nach ihrer Bestätigung im Vertrag war die Theorie von der deutschen Verantwortung bereits zerbrechlicher geworden, denn sie wurde mit seinem Schicksal verknüpft. Die Härte seiner Klauseln mußte das deutsche Volk dazu aufreizen, sich aller seiner Waffen dagegen zu bedienen, und die Sieger schienen ihm ein Mittel zu bieten, ihn an der Basis zu untergraben. Gut genährt, hätten unsere Feinde ein erträgliches Maß von Schuld auf sich nehmen können. Verhungert, mußten sie unschuldig werden.«

Alfred Fabre-Luce: *Der Sieg*, Frankfurt a. M. 1925. (Fabre-Luce war französischer Konferenzbeobachter.)

gewichts unter amerikanische Aufsicht zu stellen. De facto entstand so eine amerikanische Hegemonie über den Kontinent, deren Instrument in erster Linie die finanzielle Abhängigkeit *aller* europäischen Staaten von den USA werden würde. Eine substantielle Bedrohung der Versailler Friedensordnung durch eine europäische Macht war unter diesen Umständen vorerst ausgeschlossen, um so mehr, wenn sich nach der Etablierung des Völkerbunds zur finanziellen auch die institutionelle Gängelung jedes Störenfrieds gesellen würde. Diese politischen Möglichkeiten im Schuldenverhältnis Europas zu den USA hatte Wilson ja schon 1917 freudig vermerkt.

So hätte es geschehen können – wenn das Versailler Vertragssystem jemals in Kraft getreten wäre. Aber das geschah nicht, weil mit Rußland und den Vereinigten Staaten zwei der wichtigsten Pfeiler der neuen Ordnung dem Vertragswerk letztlich nicht beitraten. Das war nicht das Ende des Versailler Vertrags, schon überhaupt nicht in Bezug auf den Ausbeutungswert deutscher Kriegsschuld, wohl aber das Ende des Versailler Vertragssystems. Zwischen beiden muß unterschieden werden. Sehen wir uns das Vertragswerk unter diesem Aspekt noch einmal kurz an. Es ist zurecht gesagt worden, der Vertrag sei für Deutschland so schlecht gar nicht gewesen. Immerhin erhielt er die Einheit und weitgehend auch die Größe des Staats und machte ihn damit weiterhin zu einer respektablen europäischen Macht. Deutschlands Verbündeten wie dem Osmanischen Reich und Österreich-Ungarn wurde demgegenüber gleich die weitere staatliche Existenz verwehrt. Dieses Schicksal stand auch der deutschen Delegation als Mahnung vor Augen und trug neben der fortdauernden Erpressung durch alliierte Lebensmittelblockaden dazu bei, die Bereitschaft zur Vertragsunterzeichnung zu fördern. Dieser Aspekt wird jedoch von einer anderen Eigenschaft des Vertrags überlagert: Er war ganz und gar kein Abschluß des Krieges.

Das fing schon bei den Grenzregelungen an, die der Vertrag vielfach einem Sammelsurium an späteren Volksabstimmungen und Völkerbundsentscheidungen überließ, anstatt sie eindeutig festzulegen. Der Vertragstext garantierte auch sonst durch seine schwammigen Regelungen jahrzehntelange Aufregung. Die Unterschrift bescherte Deutschland z. B. von vornherein fünfzehn Jahre Unsicherheit darüber, ob das Saargebiet nun zur Republik gehören würde oder nicht. Darüber hatte der Völkerbund zu entscheiden, »unter Berücksichtigung des durch die Volksabstimmung ausgedrückten Wunsches« wie es in § 35 hieß. Eine Automatik für die Rückkehr zu Deutschland war das nicht, wie eine vergleichbare Abstimmung in Oberschlesien bald zeigte, das mehrheitlich für Deutschland stimmte – und doch geteilt wurde. Die Sieger hatten sich die Grenzregelungen eben vorbehalten. Das führte nicht immer zu so spektakulärer Willkür wie in Oberschlesien. Es gab auch die kleinen Gemeinheiten wie beim vertraglich versprochenen freien Zugang Ostpreußens zur Weichsel (Artikel 97), der am Schluß noch die Breite eines Feldwegs hatte. Dessen Ende verschloß ein Schlagbaum, dessen Schlüssel am anderen Ufer zu holen war. In jedem Fall sicherte der Vertrag den Siegermächten die letzte, und damit auf Jahre hinaus unsichere Entscheidung zu.

Wo schon die Festlegung und Durchsetzung der wichtigsten Grenzregelungen im Nachkriegseuropa also für mehrjährige Aufregung sorgte, setzte die Unzahl der wirtschaftlichen und finanziellen Einzelregelungen des Papiers diese Linie konsequent fort. Die besondere Unfähigkeit der modernen Staatenwelt, überhaupt noch Frieden zu schließen, paarte sich hier mit dem strukturellen Chaos einer Mammutkonferenz von zehntausend Teilnehmern und hunderten von Ausschusssitzungen. Da nun jedes Gremium seine Existenzberechtigung auch nachzuweisen suchte und die zu verteilende Gesamtsumme prinzipiell unbegrenzt war, enthielt der letztendlich angenommene Vertragsentwurf einen Wulst an Detailbestimmungen zu allem und jedem. Was nicht im Text stand, sollte bei Bedarf angeordnet werden können. Dazu gehörten auch die alliierten Entscheidungen in Sachen Wiedergutmachungsleistungen. Damit wurde der Versailler Vertrag der teuerste Blankoscheck der Weltgeschichte.

Sicherheit über Deutschlands Zukunft brachten die Unterzeichner des Vertrags also nicht gerade mit nach Hause. Die bald einsetzenden und nicht mehr endenden Debatten um die richtige »Interpretation« der einzelnen Artikel offenbarten schnell, was John Maynard Keynes schon

»Wir bereiteten nicht nur Frieden vor, sondern Ewigen Frieden. Der Heiligenschein einer göttlichen Sendung umstrahlte uns. Wachsam, streng, redlich und asketisch mußten wir sein, denn wir waren darauf gerichtet, große, dauernde und edle Dinge zu vollbringen.«

Harold Nicolson (britisches Delegationsmitglied).

kurz nach der Unterzeichnung präzise erfaßt hatte, als er den Vertrag ein »Instrument« nannte – ein »Instrument«, um Deutschland weiterhin unten zu halten, auf dem je nach Verhalten des Kriegsgegners zu spielen war oder das zur beliebigen Manipulation durch die Siegermächte dienen konnte. In diesem Sinn werde der Vertrag sich schon bewähren, wenn man nur darauf zu spielen wisse, lautete Keynes Fazit.

Das Vorläufige des Vertrags wurde auch andernorts bemerkt und fand seinen meist zitierten Ausdruck in dem Satz, es handle sich um einen »Waffenstillstand von zwanzig Jahren«. Dieses Diktum von Marshall Foch faßt das ganze Unbehagen der Beteiligten zusammen. Präsident Wilson konnte den US-amerikanischen Kongreß schließlich nicht überzeugen, sich auf dieses Instrumentarium verpflichten zu lassen. Es enthielt auch zu viele Behinderungen amerikanischer Machtentfaltung. Sobald Mitglieder des Völkerbunds etwa selbst in Streitigkeiten verwickelt werden sollten, würde ihr Stimmrecht in diesen Angelegenheiten erlöschen. Die eigentlich vorgeschriebene Einstimmigkeit der Völkerbundsentscheidungen (Artikel 5) wurde dann außer Kraft gesetzt. So besaßen die beteiligten Mächte kein Veto-Recht in eigener Sache, wie es später bezeichnenderweise für die Ratsmitglieder der Vereinten Nationen eingerichtet wurde. Erst dieses Regelwerk schuf endgültig die Zweiklassengesellschaft, in der die einen von außen danach beurteilt werden, ob sie sich an das Völkerrecht halten, während die anderen selbst entscheiden können, ob sie das gerade tun.

Der US-Kongreß lehnte also den Versailler Vertrag im März 1920 ab und schloß mit Deutschland, Österreich und Ungarn separate Friedensverträge. Kurze Zeit später zerbrach am Streit über die Besetzung des Ruhrgebiets auch der britisch-französische Konsens. Als Anlaß für den französischen Einmarsch hatte ein deutscher Lieferverzug von hölzernen Telegraphenstangen herhalten müssen. Dies sei der hinterhältigste Gebrauch von Holz seit dem Bau des trojanischen Pferdes, verlautete aus London. Damit war bereits Anfang der zwanziger Jahre die Basis des Versailler Vertrags weitgehend zerfallen. Frankreich alleine konnte dieses Instrument kaum bespielen, dazu fehlte ihm die Luft. Vielerorts setzte ein Umdenken ein, der sich an einzelnen Personen festmachen läßt. Deutsche Einwände gegen die Alleinkriegsschuld hatte man in Versailles zum Beispiel durch Philip Kerr zurückweisen lassen, den Privatsekretär des britischen Premiers. Sein kompromißloser Entwurf fand die Billigung aller Delegationen. Zum Marquess of Lothian aufgestiegen, gehörte Kerr in den 30er Jahren dann zu denen in Großbritannien, die ein weiteres Weltkriegsgemetzel verhindern wollten und Verständnis für die deutsche Situation aufbrachten. Als britischer Botschafter verhandelte er noch im Sommer 1940 in Washington mit der Gegenseite und fand das deutsche Angebot »überaus befriedigend«. Man solle es annehmen. London wollte nicht.

Im Sommer 1919 kam nach dem Abschluß der inneralliierten Verhandlungen eine denkwürdige Konstellation zustande. Der Gesamtentwurf der Siegesordnung samt der Gründung des Völkerbunds konnte nur in Kraft treten, wenn Deutschland den Versailler Vertrag unterzeichnete, der als Gründungsurkunde mitkonzipiert war. Keine deutsche Unterschrift, kein Völkerbund, in diese Situation hatten sich die Sieger gebracht. Und noch mehr. In diesen Vertrag war schließlich ebenfalls die berühmt-berüchtigte Behauptung des § 231 eingebaut, die da lautete:

»Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.«

Es ist von Bedeutung, dies immer wieder einmal ausführlich zu zitieren und sich die ganzen Konsequenzen vor Augen zu halten. Jetzt, im Sommer 1919, sah die Welt tatsächlich auf Deutschland und darauf, ob sich ein Deutscher bereit fand, eine ganze neue Weltordnung auf die schriftliche Anerkennung einer offenkundigen Lüge zu stützen.

Es fand sich eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung, die jemanden damit beauftragte. Wenigstens scheinen für diesen Tag in Weimar nicht auch noch Feierstunden geplant zu sein. ■

Literaturhinweise:

Georges Demartial: *Die dreiste Fälschung – das französische Gelbbuch und die Kriegsursachen von 1914*, Schnellroda 2018 (zum Komplex Gelbbuch);

Jörn Leonhard: *Der überforderte Friede – Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018 (Zum Komplex Poincaré/Seymour);

Senator Robert Owen: *The inner secrets of European diplomacy disclosed for the first time to the American public*, Washington (Govt. Print Off.) 1923 (zur französisch-russischen Kriegsverantwortung vor dem US-Kongreß);

Joachim Wintzer: *Deutschland und der Völkerbund*, Paderborn 2006 (zum Zusammenhang Versailler Vertrag/Völkerbund).